Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Juli 2015

Ich will im nächsten Jahr wieder antreten



Schwerin – meine Heimatstadt, ist in den vergangenen Jahren lebenswerter und liebenswerter geworden. Wir hatten eine tolle BUGA und haben danach eine Bürgerstiftung gegründet. Mit den richtigen Investitionen in Bildung haben wir sehr viel für Familienfreundlichkeit getan. Wir haben die kulturelle Entwicklung bewahrt und insbesondere unser Theater beschützt. Die Einwohnerzahlen steigen wieder. Gestiegen ist auch die Zahl der Arbeitsplätze, u.a. durch die Nestle-Ansiedlung. Die neue Schwimmhalle wird gut angenommen. Die Infrastruktur wird Stück für Stück besser. Das Aktionsbündnis für ein weltoffenes und friedliches Schwerin lebt und die Arbeit mit unseren Partnerstädten kann sich sehen lassen.

Das haben wir nur mit allen gemeinsam geschafft, das habe ich nur mit Eurer Unterstützung hinbekommen. Aber wir haben noch viel zu tun. Ich will, dass Schwerin weiter vorankommt. Das heißt, die Finanzen der Stadt in den Griff zu bekommen. Schwerpunkte blieben Investitionen in Bildung und Kultur, noch bessere Bedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung, die Bekämpfung der Kinderarmut und eine Willkommenskultur, die diesen Namen auch verdient. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit dem Land daran arbeiten, unsere Bewerbung als Weltkulturerbestätte erfolgreich zu gestalten. Außerdem kann ich mir gut vorstellen, dass sich Schwerin noch einmal um eine BUGA bewirbt. Über ein entsprechendes Konzept sollte es dann einen Bürgerentscheid geben, den ich ausdrücklich befürworten würde.

Mir ist es dabei wichtig, gemeinsam an der Sache orientiert und überparteilich zu arbeiten. Dabei stehen Bürgernähe und eine aktive Bürgerbeteiligung an erster Stelle. Ich hoffe für diesen Weg auf Eure Unterstützung.

Und eins ist klar, mein Herz schlägt links.

Angelika Gramkow

Sommerpause – fast jedenfalls



Im ersten Halbjahr haben wir im Kreisverband eine kleine Mammutaufgabe gestemmt. Wir haben unsere Struktur grundlegend geändert und sind als Kreisverband nunmehr in vier Ortsverbände gegliedert. Das war keine leichte Aufgabe und der Prozess verlief, wie sollte es auch anders sein, nicht immer konfliktfrei. Im Ergebnis haben wir eine Situation, in der wir mit den Ortsverbänden über moderne Strukturen verfügen, die auch für neue Mitglieder attraktiv ist. Aufgrund der Größe der Ortsverbände lohnt es sich, Gäste einzuladen und mit ihnen inhaltliche Debatten zu führen und über den Tellerrand hinauszuschauen. Gleichzeitig heben wir die in den Jahren gewachsenen sozialen Bindungen in den alten Strukturen nicht auf, dies war aus Sicht vieler Mitglieder unseres Kreisverbandes eine Voraussetzung, um die neue Struktur mitzutragen. Natürlich brauchen solche neuen Strukturen auch neue Führungskräfte. Im Ortsverband West ist es Jan Henning, der sich dort schon länger für die Weststadt engagiert. Im Ortsverband Nord hat sich Erich Langschwager die Mütze aufgesetzt. Diese beiden Ortsverbände zusammen sind bei den Wahlen zur Stadtvertretung ein Wahlbereich. Die beiden verbleibenden Kommunalwahlbereiche bilden jeweils einen Ortsverband, den Ortsverband Mitte und den Ortsverband Süd. Der Ortsverband Mitte hat sich für eine Doppelspitze aus Karin Schmidt und Dieter Schlag entschieden. Den Ortsverband Süd leitet Genosse Helmut Kranz. An dieser Stelle bedanke ich mich sehr herzlich bei den Genannten, die sich hier eine hohe Verantwortung übernommen haben.

Mit der Gesamtmitgliederversammlung am 16. Juli haben wir die Grundlagen für das Wahljahr 2016 gelegt. Wir haben Helmut Holter und Henning Foerster für die Liste des Landesverbandes für die Landtagswahl vorgeschlagen. Unbenommen davon bleibt es natürlich jedem vorbehalten, ebenfalls zum Landtag zu kandidieren. Denn die Liste wird erst im nächsten Januar gewählt. Bereits beim Sommerfest hatte Angelika ihre Bereitschaft erklärt, erneut als Oberbürgermeisterin zu kandidieren. Sie äußert sich in dieser Ausgabe des Offenen Blattes selber. So bleibt mir nur zu sagen, dass ich mich sehr über diese Kandidatur freue und ihr für ihr Engagement danke. Denn eines steht fest, vergnügungssteuerpflichtig ist der Job einer Oberbürgermeisterin bestimmt nicht und unter der rot-schwarzen Landesregierung schon gar nicht.

Eigentlich könnten wir jetzt von einer Sommerpause schwärmen. Wenn da nicht die rot-schwarze Landesregierung wäre. Denn wie im Bund interessiert auch auf Landesebene nicht, was die Menschen meinen und denken. Daher hat die Landesregierung die Pläne für eine Gerichtsstrukturreform durchgesetzt. Von einer bürgernahen Justiz kann nicht mehr die Rede sein. Verschiedene Organisationen, darunter auch DIE LINKE, haben die notwendigen Unterschriften für einen Volksentscheid gesammelt. Auch wenn wir als Stadt nicht unmittelbar betroffen sind, müssen wir trotzdem für eine hohe Wahlbeteiligung beim Volksentscheid und für die notwendigen Ja-Stimmen sorgen. Es wäre sehr schade, wenn der erste Volksentscheid im Lande seit der Abstimmung über die Verfassung unseres Landes wegen mangelnder Beteiligung ein Fehlschlag wird. Außerdem denke ich, dass die Landesregierung einen kräftigen Denkzettel verdient hat. Ihre Arroganz ist nämlich kaum noch zu ertragen. Probleme im Lande gibt es keine und alles ist schön im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern. Wie es den Menschen wirklich geht wird nach meinem Eindruck nicht mal mehr wahrgenommen. Da sollten wir die Landesregierung auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Der Bürgerentscheid zur Gerichtsstrukturreform könnte dafür ein geeignetes Mittel sein. Allerdings bedeutet es für alle Arbeit. Ob beim Gespräch mit der Familie, dem Gartennachbar oder am Arbeitsplatz oder beim Plakate aufhängen oder am Infostand. Es gibt eine Menge zu tun, aber ein wenig Urlaub sollte für alle drin sein. Und in diesem Sinne wünsche ich einen schönen Sommer.

Euer Kreisvorsitzender
Peter Brill

Veranstaltungen

1.9. Friedensfest
Marienplatz ab 16:30 Uhr
4.9. 365+ DAS Event zur Landtagswahl 2016
Rostock, Stadthalle
17:00 Uhr
10.10. Großdemo gegen TTIP
Berlin

Impressum

„Offenes Blatt“ wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill
nächste Ausgabe: 02.10.2015

LINKE stellt Weichen für Superwahljahr 2016



Die Schweriner LINKEN werden die Kampagne „Das muss drin sein“ mit Leben erfüllen



Viele Mitglieder kamen zur Gesamtmitgliederversammlung in die Ritterstuben



Die Schweriner Landtagsabgeordneten und Kandidaten für 2016: Helmut Holter und Henning Foerster

Auf einer Gesamtmitgliederversammlung stellte die LINKE. Schwerin am Donnerstag die Weichen für das Superwahljahr 2016. Dann stehen Landtags- und OB- Wahlen an und aus beiden will die LINKE gestärkt hervorgehen. Möglicherweise kommt auch noch ein Bürgerentscheid zur Frage einer neuten BUGA dazu. Gewählt wurden in den Ritterstuben die Delegierten für Landesparteitag und Vertreterversammlung. Auf letzterer entscheiden die Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände über die Liste zur Landtagswahl. DIE LINKE. Schwerin wird auch dort auf bewährtes Personal setzen. Helmut Holter und Henning Foerster sollen wieder kandidieren und sich auch zukünftig auf der Landesebene für Schwerin engagieren. Inhaltlich wurde ein Antrag zur neuen Parteistruktur und der Arbeit der neuen Ortsverbände Ost, West, Nord und Süd beschlossen. Zudem gaben Angelika Gramkow, Helmut Holter, Henning Foerster und der Kreisvorsitzende Peter Brill einen Rückblick auf die Arbeit der letzten Monate und wagten einen Ausblick auf ein arbeitsreiches nächstes Jahr. Jetzt gilt es jedoch erst mal Kraft zu tanken und den wohlverdienten Urlaub zu genießen.







von links nach rechts:
Helmut Kranz Vorsitzender Ortsverband Süd, Jan Henning Vorsitzender Ortsverband West, Dieter Schlag Vorsitzender Ortsverband Mitte (Mitvorsitzende ist Karin Schmidt), ohne Bild der Vorsitzende des Ortsverbandes Nord, Erich Langschwager.

Bericht aus dem Rathaus

von Henning Foerster

Stadtvertretung entscheidet sich für Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land

Trotz Bauchschmerzen hat eine ganz große Mehrheit in der Stadtvertretung der Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land zugestimmt. Nach vielen Jahren, in denen das Innenministerium als Kommunalaufsicht die Daumenschrauben immer fester angezogen und der Landeshauptstadt zuletzt sogar einen 300.000 Euro teuren, beratenden Beauftragten an die Seite gestellt hatte, einigte man sich nun auf den Versuch gemeinsam daran zu arbeiten, einem Haushaltsausgleich näher zu kommen. In den kommenden Jahren soll das jahresbezogene Defizit von max. 17,5 Mio. Euro in diesem Jahr auf max. 8 Mio. Euro im Jahr 2018 sinken. Bei Erreichen der für die kommenden 4 Jahre nunmehr festgeschriebenen Ziele wird das Land jährlich zwischen 4 und 6 Mio. Euro an die Stadt überweisen. Damit erkennt auch die Landesebene endlich an, dass ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft durch die Landeshauptstadt nicht zu leisten ist. Das ist ein Fortschritt, der neben guten Verhandlungen der Verwaltung auch dem gemeinsamen Agieren der Stadtfraktionen gegenüber dem Innenministerium zu verdanken ist. Dennoch bleibt diese Vereinbarung eine Herausforderung. Neue freiwillige Leistungen dürfen nicht begründet werden. Und ob die Teilziele erreicht werden können, wird auch davon abhängig sein, ob die wirtschaftliche Entwicklung und damit das Steueraufkommen stabil bleiben und die Zinsen nicht steigen. Für den Fall, dass die Rahmenbedingungen sich ohne Verschulden Schwerins deutlich verschlechtern sollten, greift eine Revisionsklausel, die beide Seiten wieder an den Tisch zwingt.

Hochhäuser Rostocker Straße werden abgerissen

Nun ist es entschieden, die Hochhäuser an der Rostocker Straße werden abgerissen. Allen Mietern wird seitens der WGS eine Alternative angeboten. Darüber hinaus gibt es Unterstützung beim Umzug und beim Einrichten der neuen Wohnung. Dies hatte die Geschäftsführung bereits auf dem Bürgerforum der Linksfraktion im Haus der Begegnung vor einigen Wochen zugesagt. Auf dem Areal am Berliner Platz soll aber keine Brache entstehen. Möglicherweise werden sich die Anwohnerinnen und Anwohner in der Zukunft über moderne Neubauten des kommunalen Wohnungsunternehmens freuen können.

Berufsausbildung im Elektronik Bereich bleibt in Schwerin

Das gemeinsame Engagement von Berufschulen, Wirtschaft, Verwaltung und Politik sorgte am Ende dafür, dass die Berufsausbildung zum Elektroniker für Betriebstechnik und zum Elektroniker für Automatisierungstechnik in Schwerin bleibt. Nach den Plänen von Bildungsminister Brodkorb (SPD) sollten diese Ausbildungsgänge künftig nach Rostock verlagert werden und das, obwohl die Wirtschaft Bedarf angemeldet hatte, die Klassenbildung gesichert war und die Bundesagentur für Arbeit interessierte Schülerinnen und Schüler auf den Standort Schwerin orientiert hatte. Die Linksfraktion hatte vor diesem Hintergrund einen mehrfraktionellen Entschließungsantrag mit CDU und Grünen auf den Weg gebracht, um der Verwaltung den Rücken zu stärken. Da Angelika Gramkow bereits zur Sitzung berichten konnte, dass die Bemühungen erfolgreich waren und die betroffenen Schülerinnen und Schüler in Schwerin bleiben können, wurde der Antrag für erledigt erklärt.

Bildung eines Fahrgastbeirates

Mit der Gründung eines Fahrgastbeirates und dessen künftiger Arbeit sollen nach dem Willen der Linksfraktion ausgewählte Fahrgäste künftig ein Gremium haben, um stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Schwerin bei Maßnahmen der Verkehrssicherheit, der Verbesserung des örtlichen Nahverkehrs, der Tarifgestaltung, der Haltestellenplanung, der Fahrzeugauswahl sowie Fragen von Sicherheit, Pünktlichkeit und Freundlichkeit mit den Expertinnen und Experten des Nahverkehrs, der Verwaltung und der Politik zu diskutieren. Dass ein solcher Bedarf durchaus besteht, zeigen die kontroversen Debatten um die Linienführung in der Gartenstadt oder die Haltestellen am Marienplatz.

Aktualisierung des Behindertenstadtplanes beschlossen

Die Initiative zu diesem Antrag geht auf ein Treffen des Arbeitskreises Soziales der Stadtfraktion mit dem Behindertenbeirat zurück. Der in Form einer Broschüre vorliegende Stadtplan soll nun überarbeitet werden. Ob dafür eine Arbeitsmarktmaßnahme des Jobcenters genutzt werden kann oder man die neue, dann überarbeitete und mit Piktogrammen ergänzte Version mit Hilfe von privaten Sponsoren, zum Beispiel Sanitätshäusern, auf den Weg bringen kann, wird durch die Verwaltung derzeit geprüft.

Lesespaß in die Schultüte

Die Freude am Lesen schon bei den Kleinen fördern und gleichzeitig die Möglichkeit der kostenlosen Bibliotheksnutzung für Kinder und Jugendliche bei selbigen und ihren Eltern bekannt machen, darum geht es bei diesem Antrag der Linksfraktion. Er wurde beschlossen und die Verwaltung wird prüfen, wie er möglichst kostenneutral und gegebenenfalls mit Hilfe von Sponsoren umgesetzt werden kann.

Modellversuch zu Pfandringen leider abgelehnt

Ganz knapp scheiterte der initiierte Antrag, auch in der Landeshauptstadt einen Modellversuch mit so genannten Pfandringen durchzuführen. 18 Stadtvertreter stimmten dafür, 19 dagegen. Somit bleibt es leider dabei, dass Pfandsammler, ganz gleich welche Motive sie haben, in den Mülleimern zwischen Essensresten, Glasscherben und anderem Unrat herumwühlen müssen.

Bürgerentscheid statt Bürgerbefragung in Sachen BUGA

DIE LINKE ist für die Nutzung von Instrumenten direkter Demokratie und möchte die Entscheidung, ob sich unsere Stadt noch einmal um die Ausrichtung einer Bundesgartenschau bewerben soll, den Schwerinerinnen und Schwerinern überlassen. Allerdings sollten letztere wissen, worüber sie zu befinden haben, also mit welchem Konzept, an welcher Stelle und zu welchem Preis die Schau wieder in der Landeshauptstadt Station machen könnte. Die Linksfraktion schlägt daher vor, die Landtags- und Oberbürgermeisterwahlen zu nutzen. Da gilt es ohnehin ins Wahllokal zu gehen, was Kosten sparen würde und zudem liegt dann die Machbarkeitsstudie vor, mit der die aktuell noch offenen Fragen beantwortet werden sollen. Aus unserer Sicht sollte es zudem einen verbindlichen Entscheid statt einer Befragung geben.

Bericht aus dem Rathaus

von Henning Foerster

Buslinienführung Gartenstadt wird endlich in Ausschüssen beraten

Die Linienführung des Busses durch die Gartenstadt wird seit Monaten kontrovers diskutiert. Zwischenzeitlich hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Diese möchte eine Entlastung mit Blick auf die Anzahl der Busse erwirken, die durch die Haselholzstraße fahren. Nach Auffassung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist die damit verbundene Belastung (Lärm, Erschütterungen etc.) derzeit nicht zumutbar. Auch durch das Technologie- und Gründerzentrum (TGZ) wurden Änderungsbedarfe zur Linienführung des Busses angezeigt. Die Geschäftsführung schlägt vor, die Linie zu teilen und mal durch die Haselholz-, mal durch die Hagenower Straße fahren zu lassen. Unter Berufung auf ein äußerst knappes Votum im zuständigen Ortsbeirat der Gartenstadt (2/2/1) erfolgte bislang keine weitere Beratung des Sachverhaltes im fachlich zuständigen Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr. Diese Beratung muss es jedoch nach Auffassung der Linksfraktion geben. Unser Antrag wurde in die Fachausschüsse verwiesen, in denen nun unter Einbindung des Nahverkehrs, der Fachverwaltung, von Vertretern der Bürgerinitiative und des Technologie- und Gründerzentrums noch einmal eine sachliche Abwägung der pro und contra Argumente für die aktuelle Lösung stattfinden wird. Möglicherweise ist doch ein Kompromiss möglich, mit dem alle Seiten einigermaßen leben können.

Verzicht auf Neubau der Brücke Stadionstraße

Wohl kaum jemand hat damit gerechnet, dass die aktuelle, ebenerdige Lösung an der Ludwigsluster Chaussee so gut funktioniert. Von daher wurden die Stimmen aus der Bevölkerung immer lauter, die einen Verzicht auf den 4 Millionen Euro teuren Neubau und die anschließende Unterhaltung der neuen Brücke forderten. Die Stadtverwaltung hat das Verkehrsaufkommen bewertet und im Ergebnis vorgeschlagen, bei der jetzigen Lösung zu bleiben. Die Gremien der Stadtvertretung haben diesem Vorschlag zugestimmt.

Linksfraktion geht in die Sommerpause

Mit einer Fraktionssitzung vor Ort in der Schweriner Schleifmühle verabschiedet sich die Stadtfraktion in die Sommerpause. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des Offenen Blattes einen schönen Sommer und gute Erholung!

Nicht vergessen – am 6. September Volksentscheid!

Auch wenn es die Schwerinerinnen und Schweriner nicht persönlich betrifft, am 6. September sollte jeder sein demokratisches Grundrecht wahrnehmen und über die Gerichtsstrukturreform abstimmen gehen! Die Stadtvertretung hat mit ihrem Beschluss, möglichst alle Wahllokale offen zu halten, um keine zusätzlichen Hürden für die Wahlteilnahme zu schaffen, auch noch einmal deutlich gemacht, dass sie für eine hohe Beteiligung wirbt. Es gilt der Landesregierung die dunkelrote Karte zu zeigen. Alle Initiativen der LINKEN im Landtag und vor allem auch die mehr als 120.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern wurden ignoriert. Es gilt deutlich zu machen, dass es so nicht gehen kann! Also hingehen und mit JA stimmen!

Die Verteidigung der Würde

des griechischen Volkes erhielt mit der Wahl der Tsipras- Regierung eine neue Qualität. Und sein Nein zum Spardiktat des Groß- und Finanzkapitals der EU machte endgültig deutlich: Griechenland ist zu ihrem schwächsten Kettenglied geworden und löste die größte Krise der Eurozone in ihrer Geschichte aus. Wo lagen die Ursachen? Die Politiker des oben genannten Kapitals machten mit den politischen Gefolgsleuten des griechischen Kapitals vor vielen Jahren einen Deal. Trotz der Nichterfüllung der EU- Bedingungen wurde Griechenland in die EU aufgenommen und mit dem Euro ausgerüstet. Die Wirtschaft und die sozialen Errungenschaften der Menschen wurden so unter sehr ungünstigen Bedingungen für das kleine Land vor allem den führenden Ländern der Europäischen Union für das Streben nach Maximalprofit frei gegeben. Dabei spielte der geschaffene Markt der EU als besonders Gewinn bringendes Instrument für die Stärksten eine wesentliche Rolle. Das hellenische Volk stemmte sich aber u.a. mit der Abwahl der bisherigen kapitalistischen Eliten und der Wahl einer sozialistischen Führung gegen die Machenschaften des internationalen und innländischen Kapitals. Die imperialen Protagonisten sahen nun die Gefahr, dass das griechische Beispiel Schule machen könnte. Denn weitere kleinere und größere Völker wie z. B. Portugal und Spanien erpresst das europäische Kapital ebenfalls mit einem Schuldenberg, doch ihnen geben die hiesigen kapitalistischen Regierungen aus purer Angst keine Möglichkeit des Referendums. Dagegen verfolgten die antikapitalistischen Regierungen in Lateinamerika die mutige Politik von Tsipras wohlwollend und gehörten zu den ersten Gratulanten nach dem erfolgreichen „Oxi“. Wie intensiv die Auseinandersetzung mit dem hellenischen Volk u.a. in Cuba wahrgenommen wird, erlebte ich einen Tag vor dem 1. Mai. Und zwar beim Besuch der Sekretärin für Ideologie der Provinzleitung Las Tunas der KP Cubas Genossin Aida als sie sich besonders dafür interessierte, was ich über Griechenland geschrieben habe. Denn es gibt trotz aller Unterschiede Parallelen zur Jahrzehnte langen Blockade der USA. Gnadenlos und unabhängig vom Elend der Griechen hat vor allem Berlin im Verlauf und mit dem Resultat des Euro-Gruppen-Gipfels am 13. Juli in einer „beispiellosen Machtdemonstration die Regierung Griechenlands gedemütigt, an den Rand des Zusammenbruchs getrieben und Athen seiner Souveränität in zentralen Bereichen des staatlichen Handelns beraubt“, schreibt German-Foreign-Policy.com. Und weiter: „Sie zeigt, mit welch brutaler Gewalt die Bundesrepublik ihre politischen Ziele der EU oktroyiert.“ Anderes mahnte Fidel Castro im Zusammenhang mit den Verhandlungen Cuba - USA an: Die internationalen Beziehungen der Staaten müssen verstärkt von der Würde des Menschen geprägt sein. Kämpfen wir also gegen die Entwürdigung des griechischen Volkes, denn die Solidarität ist die ZÄRTLICHKEIT DER VÖLKER. Dabei sollte uns der Brief an die Internationale Öffentlichkeit des weltberühmten Mikis Theodorakis an die Internationale Öffentlichkeit Kopf- und Herzenssache sein. Zum Schluss noch eine Bemerkung. Dieser ganze Komplex BRD – EU - Griechenland darf natürlich nicht ohne die USA gedacht werden und wie dieses Imperium in der gegenwärtigen Lage sein geostrategisches Interesse an Griechenland der hörigen BRD und EU zur Verwirklichung aufzwingt.

Karl Scheffsky

Griechenland: Leben mit der Sparpolitik

Die Maßnahmen in Griechenland und was sie bedeuten



Oxi! - Projektion auf das Gebäude des Bundesfinanzministeriums in Berlin

Brutale Kürzungen in den verschiedensten Bereichen, deutliche Steuererhöhungen und Rentenkürzungen: linksfraktion.de erklärt Teile des neuen Maßnahmenpakets für Griechenland und verdeutlicht die drastischen Folgen für die Bevölkerung im Vergleich mit deutschen Verhältnissen.

MEHRWERTSTEUER

Die Gläubiger verlangen eine Erhöhung des Aufkommens aus der Mehrwertsteuer von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Konkret: Die Mehrwertsteuer auf Fertiggerichte, verarbeitete und verpackte Lebensmittel wie zum Beispiel Butter, auf Restaurants, öffentlichen Verkehr und einige andere Produkte ist ab sofort von 13 auf 23 Prozent erhöht. Hintergrund zur Mehrwertsteuer:
Höhere Einnahmen durch die Mehrwertsteuer von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukt: Gemessen am BIP von 2014 sind das 1,4 Milliarden Euro, pro GriechIn vom Greis bis zum Säugling, 180 Euro. Wobei angesichts der drastischen Armut in Griechenland wahrscheinlich viele, die schon jetzt am Existenzminimum leben, diese zusätzlichen Kosten nicht aufbringen können und einerseits die Tendenz zur Subsistenzwirtschaft sich verstärken wird – wer einen Garten hat, baut Lebensnotwendiges an –, andererseits die Not sich noch weiter verschärfen wird.
Übertragen auf Deutschland würde ein Mehraufkommen von einem Prozent des BIP durch die Mehrwertsteuer 29 Milliarden Euro bedeuten, pro Person 362 Euro.
2005 wurde in Griechenland die Mehrwertsteuer von 18 auf 19 Prozent erhöht, gleichzeitig, um die Auswirkungen für Menschen mit geringem Einkommen auszugleichen, ein Drei-Säulen-Modell eingeführt für Produkte des täglichen Bedarfs mit den ermäßigten Sätzen von 9 und 4,5 Prozent. Ab Herbst werden für Hotelübernachtungen statt der bis dahin geltenden 6,5 dann 13 Prozent fällig. Gleichzeitig fällt der Nachlass von 30 Prozent auf die Mehrwertsteuer auf den meisten griechischen Inseln.

RENTEN

In Griechenland gibt es nur eine sehr dürftige Arbeitslosenversicherung: Wer arbeitslos wird, erhält ein Jahr lang 360 Euro im Monat, danach gibt es nichts mehr. Die meisten der länger Arbeitslosen fallen auch aus der Krankenversicherung, die medizinische Versorgung wird extrem schwierig.
Wegen dieser fehlenden sozialen Sicherung leben mittlerweile zahlreiche griechische Familien allein von der Rente des Großvaters, der Großmutter. Nach einem Bericht der britischen Zeitung The Guardian betrifft das knapp 49 Prozent der griechischen Familien. Diese Renten sind in den vergangenen Jahren massiv gekürzt worden, durchschnittlich liegen sie jetzt bei 713 Euro pro Monat, für manche GriechIn kommt noch eine Betriebsrente von durchschnittlich 169 Euro dazu. 17 Prozent dieser RentnerInnen leben unter der Armutsschwelle (60 % des mittleren Einkommens) von 384 Euro. Und auch von denen ist ein Großteil der einzige Einkommensbezieher in der Familie – bei Preisen ähnlich wie in Deutschland, gemessen an der Kaufkraft deutlich darüber. Doch damit nicht genug. Die Renten müssen weiter gekürzt werden, verlangen die Gläubiger. Unter anderem soll der öffentliche Rentenzuschuss für die niedrigsten Renten zusammen gestrichen werden, die Zahl der armen Rentner wird sich drastisch erhöhen.

GESETZGEBUNG

Sämtliche Gesetze der neuen Regierung, abgesehen von einem einzigen, das sich unmittelbar auf die Bekämpfung der humanitären Krise bezieht, müssen nach Forderung der Gläubiger auf den Prüfstand und angepasst werden, wenn sie Geld kosten. Neues, wieder in Kraft gesetztes Tarifrecht? Wiederherstellung des Gesundheitssystems? Überarbeitung des Rentensystems? Nur nach Prüfung durch EZB, IWF und EU-Kommission. Noch bevor das griechische Parlament oder die griechische Öffentlichkeit davon erfahren dürfen.
Man stelle sich vor, Finanzminister Wolfgang Schäuble wäre gezwungen, seine Steuerpolitik mit europäischen Institutionen oder dem griechischen Finanzminister abzustimmen, Arbeitsministerin Andrea Nahles ihren viel zu niedrigen Mindestlohn mit Francois Hollande und der Europäischen Kommission. Beides würde zwar wahrscheinlich dazu führen, dass Deutschland nicht mehr ohne Rücksicht auf Verluste exportieren und damit die Euro-Zone an den Rand des Zusammenbruchs bringen würde, der Aufschrei wäre aber unüberhörbar.

TARIFPOLITIK UND LOHNENTWICKLUNG

In Deutschland schlägt die Debatte um das Tarifeinheitsgesetz hohe Wellen, weil viele dahinter eine Einschränkung des Streikrechts vermuten. In Griechenland gilt spätestens seit 2010 anderes Recht. Damals, so berichtet das Europäische Gewerkschaftsinstitut, wurde der Tarifabschluss des Gewerkschaftsverbandes GSEE (keine Gehaltserhöhungen bis Sommer 2011, ab dann Gehaltserhöhungen maximal zum Ausgleich der Inflationsrate in der gesamten Eurozone – die angesichts der drastischen Preisanstiege in Griechenland im Durchschnitt deutlich niedriger ist als in Griechenland) per Gesetz als Obergrenze eingezogen – und das gilt in erster Linie für die private Wirtschaft, im öffentlichen Dienst wurden deutlich schärfere Kürzungen vorgenommen. Weitere Kürzungen folgten: Die massiv steigende Arbeitslosigkeit und die Schwächung der Gewerkschaften nutzten viele Arbeitgeber, um einseitig Tarifverträge zu kündigen und niedrigere Löhne zu vereinbaren, im Durchschnitt sanken die Löhne in Griechenland in den vergangenen Jahren um 40 Prozent, das mittlere Einkommen sank von 11 963 Euro 2011 jährlich auf 7680 Euro im Jahr 2014, ein Rückgang um 36 Prozent.
Wiederum auf deutsche Verhältnisse hieße das – mittleres Einkommen 2011: 18 797 Euro, Rückgang um 36 Prozent bis 2014: 12 030 Euro bei gleichzeitig deutlich steigenden Steuern und Sozialabgaben.

Karsten Peters

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen M-Vs schaffen!



Andreas Bluhm, Barbara Borchardt und Helmut Holter übergaben im Januar 2014 der Landesregierung die Große Anfrage

In diesem Jahr feiert Mecklenburg-Vorpommern seinen 25. Geburtstag, im vergangenen Jahr wurde die Verfassung des Landes 20 Jahre alt. Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend und folgerichtig, ein Resümee zu ziehen und zu schauen, wie es um die Verfassung und deren Realität im Land bestellt ist. Die Antworten der Landesregierung waren oft sehr dürftig oder geprägt von Ausflüchten. Einige Fragen wurden gar nicht beantwortet. So bleibt die Landesregierung etwa auf die Frage nach der Zahl der Kinder, die in M-V in Armut leben, eine Antwort schuldig. Die Landesregierung stellt sich selbst das Zeugnis aus, den in Teilen des Landes herrschenden massiven Problemen hilflos und ohne Plan gegenüberzustehen. Sie macht die Augen fest zu oder redet die Lage schön.
Die Antworten beschreiben mal mehr, mal weniger deutlich, was seit Jahren bekannt ist und was auch seit Jahren beklagt werden muss: In M-V sind wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Teilen des Landes noch weit entfernt. Es wird ein deutliches Gefälle zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen sichtbar. Dies schlägt sich beispielsweise in höherer Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen, mehr Krankheit und Armut sowie einer allgemeinen Strukturschwäche in den vorwiegend vorpommerschen Landesteilen nieder, wo die Menschen auch früher sterben als in Mecklenburg.
Um dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse näher zu kommen, muss die Landespolitik aktiv werden. Die Linksfraktion hat eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet – konkrete Maßnahmen, um auch den vergleichsweise ärmeren und strukturschwächeren, vorwiegend im östlichen Landesteil gelegenen Regionen eine gute Entwicklung zu ermöglichen. Leitbild muss sein: M-V – ein gutes Land zum Leben!“

Helmut Holter

Das muss drin sein – Tarifvertrag für die Beschäftigten im Sky Servicecenter Schwerin



Seit langem warten die Kolleginnen und Kollegen im Sky Servicecenter darauf, dass ihre guten Leistungen und die hohe Flexibilität an 365 Tagen im Jahr und rund um die Uhr sich auch in der Entlohnung, beim Urlaubsanspruch oder in der Vereinbarung von Zuschlägen für Dienste zu ungünstigen Zeiten niederschlägt. Leider sind bislang alle Angebote der Gewerkschaft ver.di, diesbezüglich Verhandlungen zu führen, von der Geschäftsführung ausgeschlagen worden. Daher bleibt augenblicklich nur die Möglichkeit, den Forderungen mittels Warnstreik Nachdruck zu verleihen.

Herzlichen Glückwunsch

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Nord gratulieren Genossen Günter Moritz nachträglich zu seinem 85. Geburtstag. Wir wünschen ihm vor allem viel Gesundheit und alles alles Gute.

Der Ortsverband Süd gratuliert recht herzlich seinem Genossen Heinz Kunowski am 22. August zu seinem 91. Geburtstag, verbunden mit den besten Wünschen für Glück und Gesundheit.

Mittelmeerflüchtlinge

Schweigeminute
edle Geste versunken
im stehenden Gewässer der
Heuchelei
Betroffenheit ohne
echolottiefe Echtheit
Schweigeminute der EU –
Mächtigen
schweigt ihre Schuld tot
unterlassene Hilfeleistung
mit Todesfolge
Politverbrechen
von brandungsstarker Macht
vor Strafe geschützt

Jürgen Riedel
Lyriker

Sommer

Salzwogenschaum
an jahrtausendaltem
Muschelkalk
gereift zu feinsandigem Weiß

Janina Niemann – Rich
Lyrikerin

weitere Informationen und Termine unter www.die-linke-schwerin.de

DIE LINKE. Stadtfraktion vor Ort in der Schleifmühle

Im Rahmen ihrer Vor - Ort - Termine besuchte die Stadtfraktion DIE LINKE die Schweriner Schleifmühle. Fachkundig erläuterte Herr Leide vom Schleifmühlenverein die Geschichte des Objektes. Er dankte auch im Namen des Vereins noch einmal für die Hilfe der Fraktion im kritischen Jahr 2013. Damals waren dringende Reparaturen am Wasserrad erforderlich und die Fraktion hatte dabei geholfen, Geld aus dem Stadthaushalt für diesen Zweck zu organisieren. Bei einem Rundgang durch das Objekt wurde die Funktionsweise des Wasserrades genauso präsentiert, wie der Schleifvorgang im Inneren. Zudem nahmen die Stadtvertreter und sachkundigen Einwohner die Ausstellung im Obergeschoss in Augenschein. Anschließend folgte der gemütliche Ausklang des ersten Jahres als neue Stadtfraktion. Leckeres vom Grill und gute Getränke sorgten für gute Laune und gute Gespräche.



Spendenlauf 2015



14295 € wurden beim Spendenlauf der Beruflichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung gesammelt. Die Summe ging zu gleichen Teilen an Schülerförderverein der BSWV, an den AWO-Dienst „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ unter der Leitung von Stefan Cwielong (Kanu-/ Fußballprojekt für sozial benachteiligte Schweriner Kinder + „Segelbootbauprojekt“ für straffällig gewordene Jugendliche) und an den Kinderschutzbund (Pädagogischer Mittagstisch und Kita-Projekt „Mein Körper gehört mir“). Helmut Holter und Henning Foerster waren auch dieses Jahr wieder unter den Sponsoren.

Tag der offenen Tür im Haus der Begegnung



Schon traditionell lud das Haus der Begegnung zum Tag der offenen Tür und in diesem Jahr auch zu einem multikulturellen Fest. Viele fleißige Hände hatten die Stände der Vereine und Verbände vorbereitet. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt. Diese Gelegenheit nutzte DIE LINKE aller politischen Ebenen für angeregte Gespräche. Dietmar Bartsch (MdB), Helmut Holter (Fraktionsvorsitzender im Landtag) und Henning Foerster (Fraktionsvorsitzender in der Stadtvertretung) brachten auf diesem Wege auch ihre Wertschätzung für die im Haupt- und Ehrenamt tätigen KollegInnen in der Perleberger Straße zum Ausdruck.